

II-3443 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 184013

1988-03-10

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl.Ing.Flicker  
und Kollegen  
an die Bundesregierung  
betreffend Maßnahmenpaket für die Entwicklung des Waldviertels

Aus der regionalen Bevölkerungsprognose des Österreichischen Instituts für Raumordnung geht hervor, daß das gesamte Waldviertel bis zum Jahr 2011 große Bevölkerungsverluste hinnehmen wird müssen. So werden die Bezirke Waidhofen/Thaya und Gmünd in der Zeitspanne zwischen 1981 und 2011 eine Abnahme der Bevölkerung von mehr als 20 % zu verzeichnen haben. Ebenso wird in diesen beiden Bezirken in diesem Zeitraum die Zahl der Berufstätigen um mehr als 20 % zurückgehen. Ursache für diese alarmierende Entwicklung wird nicht nur eine Abnahme der Geburten von 15 % und mehr im Bezirk Waidhofen/Thaya bzw. 10-15 % im Bezirk Gmünd sein, sondern auch eine - aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation dieses Gebiets - negative Wanderungsbilanz mit Wanderungsverlusten zwischen 1981 und 2011 von 5-10 % sein. Da im oberen Waldviertel schon in den vergangenen Jahrzehnten gewaltige Bevölkerungsverluste, hervorgerufen durch die tote Grenze und die schlechte wirtschaftliche Lage, zu verzeichnen waren, kommt es - falls die Prognose des Österreichischen Instituts für Raumordnung eintreffen sollte - in den nächsten Jahrzehnten zu einer alarmierenden Entvölkerung, was schon staatspolitisch nicht erwünscht sein kann. Um der Bevölkerung im Waldviertel wieder Zukunftschancen zu geben, erscheint es daher notwendig, die wirtschaftspolitisch ungünstige Lage an der toten Grenze durch ein massives Förderungs- und Maßnahmenpaket unter besonderer Berücksichtigung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsplätze auszugleichen. Die derzeitige alarmierende Situation mit Betriebszusammenbrüchen wie Stölzle in Nagelberg und der dramatische Verlust einer Vielzahl bäuerlicher Betriebe in den letzten Jahrzehnten machen ein rasches, koordiniertes Handeln von Bund, Ländern und Interessensvertretungen notwendig.

- 2 -

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesregierung folgende

Anfrage:

1. Welche wirtschaftspolitischen und sonstigen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich und den Interessensvertretungen zu ergreifen, um die alarmierende wirtschaftliche Situation vor allem im oberen Waldviertel zu verbessern?
2. Welche diesbezüglichen Förderungsaktionen - analog zu denjenigen für die Obersteiermark - könnte sich die Bundesregierung zur Forcierung der Ansiedelung von Betrieben in diesem Gebiet vorstellen?
3. Wird das Waldviertel und hier insbesondere die Bezirke Waidhofen/Thaya und Gmünd in die vom Bundesminister für Arbeit und Soziales geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit den "Arbeitsstiftungen" miteinbezogen werden?
4. Welche konkreten förderungswürdigen und zukunftsweisenden Projekte liegen derzeit für das Waldviertel vor?
5. Wird die Bundesregierung umgehende Schritte setzen, um koordinierte Maßnahmen von Bund, Ländern und Interessensvertretungen zur wirtschaftlichen Belebung des Waldviertels in die Wege zu leiten?
6. Wird die Bundesregierung umgehend ein agrarpolitisches Sonderprogramm für die Grenzregionen in die Wege leiten?